

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 4

Vorwort: Zu diesem Heft
Autor: Spieler, Willy

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu diesem Heft

Lange geplant und endlich verwirklicht, liegt hier eine Schwerpunktnummer zum «Drogenproblem» vor. Wie dieses vor Ort sich darstellt, mit welchen Konsequenzen für die Drogenabhängigen, aber auch für die Bevölkerung in der Nähe der «Szene», zeigt die zärtliche Poesie von **Afra Weidmann**, Autorin, Krankenschwester und Mutter, zeigen auch die Berichte von **Madeleine Lutz**, Sozialpädagogin beim Aidspfarramt und Anwohnerin, und von **Regula Heyer-Rother**, Mitarbeiterin der kirchlichen Arbeitsstelle für Jugendfragen. Dass Liberalisierung eine Voraussetzung ist, um mit Suchtkranken menschlich umzugehen, begründet der theologisch fundierte Beitrag von Urs Boller, Pfarrer und Mitglied der Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme. Die Drogenprohibition wirkt sich weit schlimmer aus als das Übel, das sie bekämpft. Das Gespräch des Redaktors mit dem Soziologen und Drogenexperten **Günter Amendt** deckt die «totalitäre Phantasie» auf, die hinter der Forderung nach «einer drogenfreien Gesellschaft» sich verbirgt, den Nutzen auch, den Mafia und repressive Kräfte – in verdächtiger Übereinstimmung der Interessen – aus der Drogenprohibition ziehen. Wir wollen die Drogenabhängigkeit nicht verharmlosen: Sie ist fraglos ein Übel, wenn auch nicht eines, das sich grundsätzlich vom «Konsumismus» unserer Gesellschaft unterscheidet. Dass es in der drogenpolitischen Alternative von Repression oder Legalisierung letztlich um die Wahl des kleineren Übels geht, versuchen die «**Zeichen der Zeit**» darzulegen. Einen andern Aspekt beleuchtet **Manfred Züfle**, der nach dem gesellschaftlichen Kontext der Cocapflanze in Bolivien fragt und die Umwandlung eines harmlosen Blattes in eine harte Droge dem Einbruch der europäischen Suchtproblematik zuschreibt.

In der Reihe unserer regelmässigen Berichte über die Entwicklung in den ehemals «sozialistischen Staaten» steht **Hans Steigers** «Gelesen», das diesmal durch ein «Gehört» ergänzt wird und den Kahlschlag im Medienwesen der ehemaligen DDR am Beispiel der Fusionierung zwischen einem ostdeutschen Kulturradio und dem Sender RIAS darstellt.

*

Diesem Heft liegt eine Karte bei, mit der die Vereinigung «Freundinnen und Freunde der Neuen Wege» zum **Referendum gegen das Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht** aufruft. Auch diese Zwangsmassnahmen sind Teil einer verfehlten, weil repressiven Drogenpolitik. Statt das Drogenproblem zu entschärfen, gefährden sie den Rechtsstaat, dessen Grundwerte für alle Menschen gelten müssten (vgl. «Zeichen der Zeit» im Dezemberheft 1993). Was hier vorliegt, ist ein Ermächtigungsgesetz für die Fremdenpolizei, Grundlage einer Apartheidjustiz, an der auch die rechtsstaatliche Fassade einer haftrichterlichen Überprüfung nichts wird ändern können. Künftig soll es möglich sein, Personen «ohne Bleiberecht» für rein administrative Zwecke wie Identitätsfeststellung und ungehinderte Ausschaffung bis zu 12 Monaten zu inhaftieren. Fremdenfeindlichkeit ist die Ursache und wird die Wirkung dieses Gesetzes sein, das vor allem Asylsuchende als minderwertige Menschen abstempelt, für die es ein Grundrecht auf persönliche Freiheit nicht gibt. Dass SPS, GP und Hilfswerke sich dem Referendum nicht anschliessen wollen, zeigt, wie notwendig es geworden ist. Das Referendum wertet die politische Moral höher als die politische Strategie, es setzt ein Zeichen der Hoffnung wider die Resignation und wahrt uns auch ein Stück Glaubwürdigkeit gegenüber kommenden Generationen.

Willy Spieler
